

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend

BERLINER EXTRA DIENST

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-, Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Auswertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

19. Oktober 1968 - 84 / II
Einzelpreis DM 0.75

IN DIESER AUSGABE:

BEGINNT IN GRIECHENLAND DER BEWAFFNETE AUFSTAND? DIE ROLLE DER KONZERNE ESSO UND AEG - EIN INTERVIEW MIT ANDREAS PAPANDREOU (SEITE 6)
DIE WAHRHEIT ÜBER EINEN "DEMOKRATISCHEN STAAT DER DRITTEN WELT" - TERRORURTEILE IN TUNESIEN (SEITE 10)
WAS GESCHIEHT IN DEN BASISGRUPPEN DER WESTBERLINER APO? - KRITISCHE ANMERKUNGEN (SEITE 11)

NPD-SELBSTAUFLÖSUNG: PERFEKTE GEMEINSCHAFTSARBEIT

Der Selbstaufhebungsbeschluss der Westberliner NPD ist eine Gemeinschaftsarbeit aller westlichen Geheimdienste in der Stadt: Nach dem intensiven Widerstand, den die Bundesregierung, die CDU und große Teile der rechtsorientierten Presse gegen den Verbotsantrag des Senats bei den Stadtkommandanten entfalteteten, rückte immer stärker die Frage in den Mittelpunkt der Überlegungen, wie man einen Rückzug antreten könne, ohne das Gesicht zu verlieren. Den Ausschlag gab schließlich, daß die Westalliierten ein flexibles Verfahren zu erwägen begannen. Sie scheuten vor allem eine lästige Auseinandersetzung mit Bonn, nachdem sich dort die Bedenken häuften, ob ein Verbotsantrag der Bundesregierung beim Bundesverfassungsgericht Erfolg haben würde. Juristen des Bundesinnenministeriums geben einem solchen Antrag kaum Chancen. Für den Westberliner Senat schien sich so eine ungeheuerliche Peinlichkeit zusammenzubrauen, die auch gegenüber dem Osten gefährliche Folgen haben müßte. So wurde über das Landesverfassungsschutzamt eine Ersatzlösung vorbereitet: die Selbstaufhebung der Westberliner NPD. Fühlungen mit westalliierten Stellen und dem BND ergaben, daß sich etwa ein Drittel des engsten Führungskreises der Westberliner NPD in direkter Abhängigkeit von westlichen Geheimdiensten befinden (V-Leute) oder indirekt zu steuern sind (über finanziell abhängige Gruppen). Die infrage kommenden NPD-Leute wurden nunmehr intensiv auf die Ersatzlösung eingeschworen, was nach Andeutungen in eingeweihten Kreisen keine ganz leichte Aufgabe für die Geheimdienst-Führungsleute gewesen sein soll. Auf einem zweiten Gleis wurde der Bundesvorsitzende von Thadden "bearbeitet". Dem NPD-Vorsitzenden wurde über seine finanziellen Querverbindungen "nahegebracht", daß mit einem NPD-Verbot in Westberlin die Bundesregierung einem von ihr nicht gewünschten "Handlungszwang" unterworfen werde, der ein Verbot in der Bundesrepublik womöglich in einer für die NPD gefährlichen Weise präjudiziere. Es sei deshalb sinnvoller, auf die 550 Westberliner Mitglieder vorerst zu verzichten, um die Gesamtpartei nicht zu schädigen. Als Gegenleistung wurde v. Thadden eine "zurückhaltende Behandlung des Verbotsantrags" durch das Bundesinnenministerium zugesichert. So spielte v. Thadden dann bei der turbulenten Nachtsitzung im Westberliner NPD-Vorstand nichtsahnend mit den Geheimdienst-

lern zusammen und wunderte sich über die unerwartete Schützenhilfe, die ihm zuteil wurde. Gemeinsam gelang es schließlich v. Thadden und der V-Leute-Fraktion, weitere Vorstandsmitglieder auf ihre Seite zu ziehen und den Auflösungsbeschuß durchzusetzen. Allerdings verlangt nun die unterlegene Gruppe, die natürlicherweise einen spektakulären "Endkampf" wollte ("Wir weichen nur dem nackten Besatzungsterror"), daß der Auflösungsbeschuß erst noch in einer Mitgliederversammlung sanktioniert wird. Diese satzungsgerechte Forderung wird jedoch mit voller Amtshilfe hintertrieben. Die "Liquidatoren-Fraktion" lancierte das Gerücht, die Stadtkommandanten würden eine Mitgliederversammlung, die einem Landesparteitag gleichkommen würde, kurzerhand verbieten. Amtliche Stellen verbreiteten dazu offiziöse Bestätigungen, obwohl die alliierten Behörden darüber noch nicht einmal intern verhandelt haben. Grund der Scheu vor dem Votum einer Vollversammlung: Unter den einfachen Mitgliedern wären die Geheimdienstleute dann in einer verschwindenden Minderheit.

NPD-AUFLÖSUNG: DIE OFFIZIELLE MITTEILUNG DER PARTEI

Nach der Nachtsitzung des NPD-Vorstandes gab der Westberliner Landesverband der Nationaldemokraten eine offizielle Mitteilung heraus. EXTRA-Dienst dokumentiert den Wortlaut:

"Der Vorstand des Landesverbandes Berlin der NPD trat am 16.10.68 zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, an der der Parteivorsitzende, die Vorsitzenden aller Kreisverbände sowie der Sprecher des Landesausschusses und dessen Stellvertreter teilnahmen.

Der Vorstand des Landesverbandes faßte nach eingehender Beratung folgenden Beschluß:

1. Der Landesverband Berlin der NPD wird aufgelöst.
2. Die satzungsgemäß erforderliche Billigung dieses Beschlusses durch die Mitgliedschaft erfolgt schriftlich, da a) eine Landesmitgliederversammlung nach allen vorliegenden Informationen von der Alliierten Kommandantur verboten werden würde, b) eine ordnungsgemäße Durchführung angesichts des gegen die NPD von SED und DGB ausgeübten und vom Senat bisher immer geduldeten Terrors unmöglich wäre.
3. Der Vorstand war sich darüber klar, daß sein schwerwiegender Entschluß von interessierter Seite als Schwäche oder Zurückweichen der NPD vor einem innenpolitischen Gegner ausgelegt werden kann. Einem Gegner, der sich nicht scheut, außenpolitischen Druck auf die Bundesrepublik zu parteipolitischen Geschäften zu mißbrauchen. Der Vorstand des Landesverbandes Berlin der NPD hat seine Entscheidung aber in der Erkenntnis getroffen, daß der unglaubliche Vorgang eines Bittgesuches der Berliner SPD/FDP-Senatsmehrheit an die Alliierte Kommandantura zum Verbot der NPD in Berlin führen kann.

Dies wäre die offene Rückkehr zum Besatzungsregime.

In Zukunft soll nunmehr die NPD weder mittelbar noch unmittelbar mit Maßnahmen gegen Berlin in Zusammenhang gebracht und die vom Senat betriebene Kapitulationspolitik nicht mehr mit der Organisation der NPD in Berlin begründet werden können.

4. Der Vorstand der Berliner NPD ist sicher, daß diese seine verantwortungsbewußte Haltung von den Parteifreunden verstanden und von der Bevölkerung anerkannt wird."

JUGEND-UMFRAGE: ABSAGE AN BONNER KOALITIONSPARTEIEN

Eingeradezu sensationelles Ergebnis hatte eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts "Emnid", die Ende August, Anfang September unter einer repräsentativen Gruppe von Oberschülern, Abiturienten und Studenten im Alter von 17 bis 26 Jahren durchgeführt wurde. Das Ergebnis ist gekennzeichnet durch einen starken Abfall von Sympathien für Parteien überhaupt. Bei denjenigen, die sich für eine Partei erwärmen konnten, fielen SPD und CDU stark ab, die FDP hingegen holte erstaunlich auf. Wie die der FDP nahestehende Wochenzeitung "Berliner Wort" in ihrer letzten Ausgabe meldete, entschieden sich jeweils 24 Prozent für die FDP und SPD, 22 Prozent für die CDU/CSU, 4 Prozent für die NPD und 4 Prozent für eine nicht näher bezeichnete linke Partei. Die stärkste Fraktion in der westdeutschen und Westberliner Jugend zwischen 17 und 26 Jahren stellen jene, die keine der bestehenden Parteien für wählenswert halten: 32 Prozent.

=====

EXTRA-DIENST ZIEHT UM - AB SONNABEND, 19. OKTOBER 1968, NEUE ADRESSE:
1 BERLIN 31, PFALZBURGER STRASSE 20 - TELEFON 86 21 89

Wie angekündigt, ziehen Redaktion und Verlag am heutigen Sonnabend, 19. Oktober, in die neuen Räume ein. Sie liegen im Westberliner Bezirk Wilmersdorf, im ehemaligen Beat-Lokal "Kilroy". Unsere neue Telefonnummer in der Pfalzburger Straße 20 lautet: 86 21 89. Unsere Redaktionsräume sind so zu erreichen: Vom Hohenzollerndamm in die Pfalzburger Straße einbiegen, gleich das dritte Haus links, neben der Volkshochschule. Vom Kurfürstendamm erreicht man uns so: Uhlandstraße, dann in die Lietzenburger Straße einbiegen, die erste Querstraße links ist die Pfalzburger Straße.

=====

TERMINE

SONNABEND, 19.10., 20 Uhr: Im Republikanischen Club lesen Frank Cuegel, Klaus M. Rarisch und Joachim Schramm "Politische Lyrik".

MONTAG, 21.10., 18 Uhr, findet im Hörsaal D des Henry-Ford-Baus der FU eine ordentliche Sitzung des Konvents statt. Hauptpunkt der Tagesordnung ist die Wahl eines Nachfolgers für die zurückgetretene AStA-Vorsitzende Sigrid Fronius.

MITTWOCH, 23.10., 20 Uhr, spricht im Evangelischen Gemeindehaus Schlachtensee (Ilisensteinweg 19-25) der Generalsekretär der buddhistisch-vietnamesischen Vereinigung in Übersee, Vo Van Ai, in einer Informationsveranstaltung über Vietnam. - Die ursprünglich für Montag, den 21.10., 20 Uhr, angekündigte Veranstaltung in der Evangelischen Gemeinde Neu-Westend (Eichenallee 53) wurde auf Donnerstag, 24.10., 20 Uhr verlegt.

MITTWOCH, 23.10., 20 Uhr, beginnen in der Akademie der Künste die "Rumänischen Filmtage", eine Veranstaltung der Freunde der Kinemathek, mit der Aufführung des Filmes "Der Wald der Gehenkten" in Anwesenheit des Regisseurs Ciulei (Regiepreis in Cannes 1965). Vom 24. bis 27. Oktober werden weitere rumänische Filme gezeigt (jeweils 20 Uhr, Deutsche Kinemathek, Schlüterstraße 41).

=====

ANGOLA: EINZELHEITEN ÜBER BUNDESDEUTSCHE BETEILIGUNG

In einer Dokumentation des Republikanischen Clubs in Iserlohn wurden jetzt Einzelheiten über westdeutsche Interessen in den portugiesischen Kolonien und die Unterstützung der Kolonialpolitik Portugals durch die Bundesrepublik zusammengestellt. Danach wurde zwischen Portugal und der Bundesrepublik - noch unter der Schirmherrschaft des damaligen Verteidigungsministers Strauß - ein Geheimabkommen über Waffenlieferungen abgeschlossen. Im Juni 1961 wies die Angolische Befreiungsfront nach, daß aus der Bundesrepublik 10 000 Maschinenpistolen nach Angola geliefert wurden - pikanterweise waren es israelische Waffen. Im Februar 1962 wurden für den Kolonialkrieg 16 Spezialflugzeuge vom Typ DO 27 aus den Dornier-Werken in Friedrichshafen geliefert - MG-bestückte Jagdbomber für den Dschungeleinsatz. Von der Befreiungsfront den UN-Behörden zur Verfügung gestellte Bombensplitter wiesen nach, daß auch die eingesetzten Bomben aus der BRD stammen müssen. Zu Beginn des Jahres 1965 erfolgte eine zweite Flugzeuglieferung an Portugal: Diesmal waren es 60 Kampfflugzeuge vom Typ F 86. Die Bundesrepublik hatte diese Flugzeuge von Kanada erworben, da Kanada nicht an Portugal liefern wollte. Nach Bekanntwerden des delikaten Dreiecksgeschäfts erhob die kanadische Regierung Protest bei der Bundesregierung. Die Befreiungsfront Angolas hat bisher auch unwidersprochen behauptet, daß Offiziere der Bundeswehr als Ausbilder bei den portugiesischen Kolonialtruppen tätig sind.

Die westdeutsche militärische Unterstützung des Kolonialregimes wird verständlich durch die wirtschaftlichen Interessen der Bundesrepublik in Angola. Die Firma Krupp hat zusammen mit dem Bund etwa 500 Millionen DM in verschiedene Unternehmungen der Kolonie investiert. Nach den Portugiesen stellen die Westdeutschen mit 1100 Großgrund- und Plantagenbesitzern den stärksten Anteil. Zu den Großgrundbesitzern zählen von Krosigk, von Richthofen, von Rochow. Auch der "Kaffeebaron" Angolas ist ein Westdeutscher: Kai von Ahlefeldt, der als Mann des Krupp-Konzerns gilt; er ist Besitzer der größten Kaffee-

plantagen und Kaffeeverarbeitungsbetriebe Angolas. Über bedeutenden Einfluß verfügt auch die westdeutsche Bermann-Opelana-Gruppe, in der der Plantagenbesitzer Georg von Opel engagiert ist. Die Gruppe beherrscht den Wohnungsbau in Luanda, besitzt Sisalpflanzungen und die wichtigen Manganerzgruben.

SCHWEIZ: APO WIRD AKTIV UND KOORDINIERT GRUPPEN

Auch in der Schweiz sammelt sich eine Außerparlamentarische Opposition, die Abkürzung "APO" wird bereits verwendet. In Zürich konstituierte sich ein Republikanischer Klub, der zusammen mit der "Antiautoritären Jungen Sektion" der kommunistischen Partei der Arbeit, den Jungsozialisten der SPS, den "Fortschrittlichen Studenten", den "Progressiven Mittelschülern", der "Progressiven Jugend" und der "Fortschrittlichen Gewerkschaft" das Zentrum FASS ("Fortschrittliche Arbeiter, Schüler, Studenten") gründete.

SOZIALISTISCHES ZENTRUM: AUFLÖSUNGERSCHEINUNGEN

Nach der Neukonstituierung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) sind jetzt Auflösungserscheinungen im "Sozialistischen Zentrum" zu beobachten, in dem sich im letzten Jahr Linksozialisten und Kommunisten mit dem Ziel zusammenschlossen, die Neugründung einer Linkspartei vorzubereiten. Am 2. Oktober fand in Frankfurt eine Diskussion der neuen Situation statt, wobei zwei Alternativen debattiert wurden: 1. die Weiterführung des Zentrums als Diskussionsforum der verschiedenen sozialistischen Gruppen und Organisationen unter Einschluß der Kommunisten; 2. Neukonstituierung als Zentrum der linken, nicht-kommunistischen Kräfte. Zu einem Ergebnis kam es nicht. Das Sozialistische Zentrum hat jetzt alle Gruppen in der Bundesrepublik aufgefordert, die neue Situation zu überdenken. Auf einer Wochenendtagung, deren Termin noch nicht feststeht, sollen "Perspektivfragen für eine klassenkämpferische Partei in der Bundesrepublik" diskutiert werden.

INTERESSENKOLLISION: LOWKA BEI KRESSMANN

Von einer "Interessenkollision" sprechen Westberliner Architekten, die erfahren haben wollen, daß die SPD-Abgeordnete Edith Lowka in das Büro der Architektin Sigrid Kressmann-Zschach eingetreten ist. Die Architektin ist die ehemalige Frau des ehemaligen Kreuzberger Bürgermeisters. Edith Lowka ist Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Westberliner Abgeordnetenhauses, in dem auch Grundstücks- und Bauangelegenheiten behandelt werden. Die Verpflichtung von Edith Lowka im Büro Kressmann-Zschach soll "finanziell äußerst großzügig" sein.

ZITAT DER WOCHE

Die SPD-offizielle "Berliner Stimme" über den Teufel-Prozeß (sieben Monate Gefängnis wegen Hausfriedensbruch im Rathaus Schöneberg und in der Gedächtniskirche): "Der Vorsitzende ließ Perlen moralwattierter Sätze aus innigem deutschen Sprachschatz die Zunge passieren: 'Die Angeklagten gehören einer Menschengruppe an, denen jede Achtung vor den Menschenrechten anderer fehlt, denen nichts heilig ist.' Man mag das Auftreten von Teufel & Co. scharf ablehnen und verurteilen - solche Zuckerbäckermoral sollte in Moabit in Urteilsbegründungen keine Heimstatt haben. In Obersturmbannführer Dr. jur. Filbert und seinen Mitstreitern um das Zertreten der Menschenrechte standen Angeklagte vor dem Tribunal, denen solche Abqualifizierung mehr gefrommt hätte als dem Bürgerschreck Teufel & Co."

Der schwarze US-Springer John Carlos, der zusammen mit seinem Freund Tommie Smith bei der Siegerehrung die geballte Faust als Protest gegen die Neger-Diskriminierung in den USA zum Himmel hob: "Wir werden wie gute Rennpferde behandelt, die man mit Nüssen füttert, um besser darauf reiten zu können".

VERFOLGTEN-ORGANISATION: LINKS-FLUGBLATT ABGELEHNT

Ein Flugblatt der "Liga des antifaschistischen Widerstandes", in dem zu einer einheitli-

chen Abwehrfront der verschiedenen Verfolgtenorganisationen aufgerufen wird, wurde auf Intervention des Vorstandes des Bundes der Verfolgten des Naziregimes im Hausorgan des BVN, "Die Mahnung", nicht veröffentlicht. In dem Flugblatt der der APO nahestehenden "Liga" heißt es u. a. : "Es ist sinnlos, immer wieder nur festzustellen, daß der Feind rechts steht. Es ist sinnlos, immer wieder nur zu schreiben 'verbietet die Nationalzeitung'. Dazu ist es nun schon zu spät. Niemand kann und will die NPD verbieten. In Deutschland schlagen die Knüppel immer nur nach links. Mit dem Grundgesetz unter dem Arm wird die NPD in den Bundestag einziehen. Was tun die Verfolgten des Naziregimes? Nichts. Mit Artikeln und beschwörenden Reden ist ohne dazugehörige konkrete Aktion nichts getan. Wir brauchen sofort eine starke Aktionsgemeinschaft des BVN, des PRV, der Jüdischen Gemeinde und des Jüdischen Arbeitskreises für Politik mit den Gewerkschaften und anderen Organisationen. Der Abwehrkampf muß koordiniert werden." Der BVN gilt als "SPD-Verfolgten-Organisation".

BUNDESWEHR-DESERTEUR: MUSTERPROZESS IN SCHWEDEN

In Stockholm beginnt Anfang November ein Musterprozeß, den der aus der Bundeswehr desertierte Oskar Hoferer gegen die schwedische Regierung mit dem Ziel der Asyl-Gewährung angestrengt hat. Hoferer desertierte zu Beginn des Jahres 1968 aus der Bundesrepublik nach Schweden, nachdem er in seiner Kaserne ein Flugblatt geschrieben und verteilt hatte, indem er gegen die Notstandsgesetzgebung und die zunehmende neonazistische Tätigkeit in der Bundeswehr protestierte. Hoferer hatte dafür eine Bestrafung nach § 19 des Militärstrafgesetzes (bis zu 10 Jahren Zuchthaus) zu erwarten. Die schwedische Regierung verweigerte das beantragte politische Asyl mit dem Hinweis, Hoferer müsse beweisen, daß er aus politischen Gründen geflohen sei - offenbar wurde die Flugblattaktion als kriminelles Delikt eingestuft. Hoferer wurde ausgewiesen und reiste nach Finnland, später in die CSSR und die DDR. Alle drei Länder verweigerten politisches Asyl - aus unterschiedlichen Gründen. Hoferer ging dann am 3. Juli erneut nach Schweden und wurde verhaftet. Am 24. Juli erhielt er den endgültigen, abschlägigen Entscheid für sein Asyl-Ersuchen. Seitdem lebt er im "Stockholmer Untergrund" und strengt jetzt einen Musterprozeß gegen die Regierung an, der auch für andere Bundeswehrdeserteure von Bedeutung sein kann. Er wird in diesem Prozeß vom Hoferer-Komitee (c/o Frostenson, Idungatan, Stockholm Ö) unterstützt, das um Zustimmungsunterschriften für eine Petition an die schwedische Regierung bittet.

FINNISCHE SOZIALDEMOKRATEN: DÄMPFER FÜR SCHÜTZ-SENAT

Eine Delegation der finnischen Sozialdemokraten, die im Frühjahr dieses Jahres zu Gast in Westberlin war und bei der SPD- und Senatsführung "mit den Problemen der Stadt vertraut gemacht wurde", hinterließ den perplexen SPD-Genossen ein Papier, das bis heute als vertraulich bezeichnet wird. Die Finnen dozierten: "Die Sozialdemokratische Partei Finnlands ist der Ansicht, daß die Situation Deutschlands möglichst bald mit friedlichen Mitteln stabilisiert werden sollte auf der Grundlage einer Anerkennung der Existenz der als Resultat des Zweiten Weltkrieges entstandenen beiden deutschen Staaten. Die Partei ist der Meinung, daß die Anerkennung der Grenzen beider deutscher Staaten, inbegriffen der Oder-Neisse-Linie, den bestehenden Tatsachen entspricht... Die SPF stellt mit Befriedigung fest, daß sich die Beziehungen unseres Landes zu beiden deutschen Staaten auf der Basis des Gleichberechtigungsprinzips günstig entwickelt haben. Die Partei unterstützt unserer Neutralitätslinie gemäß alle diejenigen Maßnahmen, deren Ziel es ist, die Zusammenarbeit mit sowohl der Bundesrepublik Deutschland als auch der Deutschen Demokratischen Republik zu steigern." - Mündlich haben die Sozialdemokraten aus Finnland, wie zu hören ist, mitgeteilt, daß "in absehbarer Zeit" die derzeitigen Missionen in Bonn und Ostberlin "zu Botschaften erhoben werden" sollen.

NÜRNBERG: KOMMUNE GEGRÜNDET

In Nürnberg wurde die erste Kommune unter der Bezeichnung "K 13" gegründet. Hauptbetätigung der Gruppe wird die Herausgabe einer politisch-literarischen Zeitschrift mit dem Titel "Peng" sein. Als Adresse wird 85 Nürnberg, Körnerstraße 115, angegeben.

KLASSENJUSTIZ: EIN JAHR FÜR GIESSENER DEMONSTRANTEN

Der Gießener Medizinstudent Gerhard Paar wurde wegen Beteiligung an den Anti-Springer-Demonstrationen zu Ostern von einem Schöffengericht unter Vorsitz von Gerichts-assessor Schwalbe zu einem Jahr Gefängnis ohne Bewährungsfrist verurteilt. Szenen aus dem Paar-Prozeß:

Zuschauer: "Der Staatsanwalt soll lauter sprechen, man versteht ihn hier nicht." Richter: "Das ist auch gar nicht erforderlich." Zuschauer: Wiederholung der Forderung: Richter: "Mit Ihnen diskutiere ich nicht." - Zuschauer: "Das können Sie wohl auch nicht." Richter: 1 Tag Haft, Abführen!" - in Handschellen.

Richter zuden Zuschauern: "Hier wird nicht mitgeschrieben." Verteidiger: "Dies ist ein Recht der Öffentlichkeit und gehört zur freien Information (Art. 2 GG) - die Presse schreibt ja auch mit." Richter: "Dieses Recht ist auf die Presse begrenzt." Wachtmeister: "Hier schreibt immer noch einer!" Richter: "1 Tag Haft - Abführen in Handschellen.

Richter zu einem jugendlichen Zuschauer mit langen Haaren, der schweigend den Kopf in die Hände stützt: "Sie können wohl nicht anständig sitzen - raus!"

Zuschauer: "Ich verlasse aus Protest gegen das Urteil den Raum." Richter: "Gehn Sie doch - halt! Hierbleiben, 600 DM Geldstrafe, ersatzweise 3 Tage Haft."

Obwohl das Fotografieren normalerweise in Gerichtssälen verboten ist, knipst ein dunkel gekleideter Herr, offenbar Verfassungsschutzmann, Zeugen und Zuschauer.

FRANKFURT: INTERNATIONALE ABRÜSTUNGSKONFERENZ

Vom 22. bis 24. November findet in Frankfurt eine Tagung der "Internationalen Konföderation für Abrüstung und Frieden" statt. Auf der Tagesordnung steht eine "Alternativ-politik für Europa". Um eine fruchtbare Arbeit im Seminar zu ermöglichen, soll die Teilnehmerzahl beschränkt sein. Anmeldungen sind frühzeitig zu richten an: International Confederation for Disarmament and Peace, 6 Endsleigh Street, London W.C. 1, England. Es referieren u. a. Zdenka Rajh aus Belgrad, Richard Barnet, Washington, Claude Bourdet, Paris, Sverre Lodgaard, Oslo. Die Referate und Diskussionsbeiträge werden simultan in Englisch, Französisch und Deutsch übersetzt.

EXTRA-DOKUMENTATION

VOR DEM BEWAFFNETEN AUFSTAND IN GRIECHENLAND ? - EIN INTERVIEW MIT ANDREAS PAPANDREOU

In der italienischen Wochenschrift "ABC" wurde vor einigen Tagen ein Interview von Safran mit dem ehemaligen griechischen Minister Andreas Papandreou, dem Führer der Panhellenistischen Befreiungsbewegung, veröffentlicht. Aus dem Interview geht hervor, daß die Organisierung der Widerstandsbewegung so weit fortgeschritten ist, daß bewaffnete Auseinandersetzungen offenbar bevorstehen. Wir veröffentlichen den zweiten Teil des Interviews im Wortlaut; der erste Teil befaßt sich mit der Arbeit Papandreous in Schweden und der Haltung der skandinavischen und italienischen Öffentlichkeit gegenüber dem Athener Diktatorsystem und der Befreiungsbewegung.

Frage: Kann das jetzige Regime nur durch einen Bürgerkrieg gestürzt werden?

Antwort: Nein. Das ist nicht die einzige Lösung. Ich werde es erklären: Zur Zeit ist das Land nicht geteilt. Der größte Teil der Bevölkerung ist gegen die Diktatoren, Angehörige der konservativen Partei, des Zentrums und der Linken. Im jetzigen Zeitpunkt sind es nur einige kleine Gruppen von Fanatikern und Opportunisten, die das Regime unterstützen; ein Regime auf der Basis von Gewehren, Panzern und Panzerfäusten. Also, wenn sich heute Junta und Bevölkerung konfrontieren würden, wäre das kein Bürgerkrieg im eigenen Sinne, da das Regime nicht auf Volksbasis beruht, wie seinerzeit möglicherweise Faschismus und Nationalsozialismus. Der gefährliche Zeitpunkt ist nach dem Volksentscheid, wenn durch diesen eine Verfassung bestätigt, die dem griechischen Volk und einem Teil der politischen Welt aufgezwungen wird, das heißt, wenn die konservativen Ele-

mente sie als modus vivendi annehmen, sich dazu entschließen, am politischen Leben teilzunehmen und so zu einem Teil des Systems werden. In diesem Falle wäre das Land geteilt und so die Möglichkeit eines Bürgerkriegs, einer Teilung des Landes und ein Konflikt innerhalb der Fraktionen gegeben. Das wäre möglich.

Frage: Auf welchen Prozentsatz der bewaffneten Streitkräfte können die Obersten zählen?

Antwort: Die Obersten kontrollieren zur Zeit drei von zwanzig Offizieren. Diese haben aber alle Schlüsselpositionen inne, verfügen über einen wirkungsvollen Nachrichtendienst und nur so kann diese Minorität von nur 15 % die ganze Armee kontrollieren.

Frage: Ist die Widerstandsbewegung durch interne Konflikte gespalten?

Antwort: Die Widerstandsorganisationen Griechenlands sind heute, gemessen an der Vergangenheit, mehr oder weniger durch ausgezeichnete Koordination verbunden. Es existieren viele Widerstandsorganisationen in Griechenland, viele von ihnen gehören zur panhellenischen Befreiungsbewegung, der ich vorstehe. Andere gehören der Vaterländischen Front an, einer Bewegung, die noch etwas links von uns steht; aber die Vaterländische Front und die PAK sind übereingekommen, endlich ihre Widerstandskräfte zu koordinieren. Also kann man sagen, daß etwa 90 % aller Widerstandskräfte koordiniert sind. Zwischen den Emigranten ist die Zersplitterung größer, aber sie stellt nicht den entscheidenden Faktor dar.

Frage: Wie würde die Bevölkerung reagieren, wenn sich die Widerstandsbewegung in einem bewaffneten Aufstand gegen die Obersten erheben würde?

Antwort: Ich glaube, wenn die Widerstandsbewegung der Bevölkerung den Beweis einer straffen Organisation erbringen kann, außerdem genug Rückgrat besitzt, um Verhaftungen und Folterungen zu überstehen, sowie Verantwortung und Durchstehvermögen beweist, wird die griechische Bevölkerung sie in hohem Maße unterstützen. Was das griechische Volk niemals unterstützen wird, sind krampfhaft und unverantwortliche Unternehmender Widerstandsbewegung. Wenn das Volk aber etwas Substantielles sieht, etwas Bewußtes, etwas, was dauerhaft erscheint, wird es sich der Bewegung anschließen.

Frage: Glauben Sie, daß die Flotte der NATO den Obersten helfen würde, wenn ein solcher Fall eintritt?

Antwort: Ich weiß nicht, was die NATO-Flotte in einem solchen Fall tun würde. Das ist eine Sache, für die die Amerikaner zuständig sind. Wir wissen, daß die Amerikaner die Obersten unterstützen, wir wissen, daß sie die Regierung der griechischen Diktatoren stützen, und wir haben gegen diesen Stand der Dinge protestiert. Wenn die Amerikaner mit ihrer militärischen Macht intervenieren würden, habe ich keinen Zweifel, daß sich Griechenland in ein zweites Vietnam verwandeln würde.

Frage: Hoffen Sie auf Hilfe Ihrer Nachbarn Albanien, Bulgarien und Jugoslawien?

Antwort: Unser Prinzip ist sehr einfach. Wir bitten alle jene Staaten, alle jene politischen Parteien und alle jene Organisationen um Hilfe, die unsere politische Richtung - strikt demokratisch - anerkennen. Wir glauben an eine freie Menschheit in einer fortschrittlichen Gesellschaft, deren Hauptziele Freiheit, Demokratie und Menschenwürde sind. Wer an diese Werte glaubt und uns helfen will, diese Werte in Griechenland einzuführen, dessen Hilfe ist uns willkommen. Mich hier näher auszulassen ist mir nicht möglich.

Frage: Glauben Sie, daß das griechische Volk die jetzigen Diktatoren genauso haßt, wie es seinerzeit die faschistischen und nazistischen Invasoren haßte?

Antwort: Es existiert da kein Unterschied, denn uns interessieren weder die Uniform, noch die Hautfarbe, noch die Sprache der Invasoren, seien sie griechisch, italienisch oder deutsch. Es ist unwichtig, ob sie ein Hakenkreuz, ein Liktorenbündel oder ein griechisches Zeichen tragen. Von diesem Gesichtspunkt aus sieht das griechische Volk keinen Unterschied. Jedenfalls der größte Teil des Volkes. Es sind nur wenige, die eine bestimmte Neigung haben, sich passiv und neutral zu verhalten. Allerdings ist auch der größere Teil der Bevölkerung nicht so aktiv, so entschlossen, als wenn die Diktatoren

Ausländer wären, das ist wahr. Wir bekämpfen die Faschisten wie die Nazis, ich aber unterscheide sie: Es ist eine historische Realität, die nicht unterbewertet werden darf: die (italienischen) Faschisten begingen keine Grausamkeiten in Griechenland, die (deutschen) Nazis ja. Hier ist der Unterschied. Die Italiener, sowie auch die anderen mittel-ländischen Staaten, waren in Kriegsführung und Besatzung humaner als die Nazis.

Frage: Die Besetzung Ihres Landes durch Faschisten und Nazis war grausam und gewalt-tätig. Glauben Sie, daß die Situation, die sich nach dem Bürgerkrieg ergab, bestimmend war für den Verlauf der Politik Griechenlands, oder glauben Sie, daß die gegenwärtige Situation mit der Sicherheit der Nation nichts zu tun hat?

Antwort: Ich glaube, daß eine Verbindung zwischen dem Bürgerkrieg und dem, was da-nach folgte, existiert. Griechenland ist das einzige Land, in dem das Problem des Wi-derstands und der Kollaboration noch nicht gelöst wurde. In den anderen Staaten wurden die Kollaborateure durch die Öffentlichkeit unschädlich gemacht, wenigstens in den mei-sten europäischen Staaten. In Griechenland aber wurden die Kollaborateure durch den Bürgerkrieg und den Sieg der Rechten zur beherrschenden Macht, ja ein Teil der Nach-kriegsordnung. Es ist doch so, daß die griechischen Regierungen bis 1963, nach dem Bürgerkrieg, die Macht der Kollaborateure repräsentierten.

Frage: Haben Sie jemals Herrn Papadopoulos getroffen, bevor dieser Premierminister wurde?

Antwort: Ich habe Herrn Papadopoulos nie getroffen.

Frage: Wie beurteilen Sie die Reaktion in den westlichen Ländern und in den USA?

Antwort: Ich glaube, daß man hier einen Unterschied machen muß. Die USA, oder bes-ser, die Regierung der USA, ist verantwortlich für das Regime der Obersten. Sie unter-stützen es und haben mit Erfolg seine Einsetzung beschleunigt. Die westeuropäischen Nationen haben gegen dieses Regime eine verbale, ich sage, verbale, Position eingenom-men. Im Endeffekt ist das Resultat gleich null. Sie wahrten keine entschlossene Haltung. Sie machen nach alter Gewohnheit Geschäfte mit diesem Regime und betrachten das nicht als Verrat an den demokratischen Institutionen in Europa. Es gibt da Ausnahmen, und ich möchte sie nennen: da ist vor allem Schweden, das eine sehr entschlossene Haltung dem Regime gegenüber angenommen hat. Auch die anderen skandinavischen Länder, Nor-wegen und Dänemark, gehören dazu. Ferner noch Holland und Italien. Auch Belgien ist noch zu erwähnen. Damit bin ich aber auch schon am Ende meiner Aufzählung. Ich glaube nicht, daß die anderen westeuropäischen Länder auch nur einen Schritt zur Bejahung und Festigung eines freien Europas unternommen haben.

Frage: Glauben Sie, daß die genannten Länder sofort eine Regierung anerkennen würden, die dem Regime der Obersten folgt?

Antwort: Das hängt natürlich von der Art der neuen Regierung ab. Wer die Junta stürzt oder ihren Platz einnimmt. Sollte es eine andere Junta sein, glaube ich nicht, daß die Länder ihre Haltung ändern würden.

Frage: Was ist wahr an der ESSO-Affäre?

Antwort: Die griechische ESSO, an deren Spitze ihr höchster Chef Papas, unterstützt fi-nanziell das Diktatorenregime und realisiert dadurch Gewinne, die unter einem demo-kratischen Regime unmöglich wären. Es ist interessant, in diesem Punkt die gemeinsa-men Interessen von ESSO und CIA festzustellen. Herr Papas enthüllte vor einigen Wo-chen in einer griechischen Zeitung, er sei Repräsentant der CIA in Griechenland, also ein Offizier dieser Spionageorganisation. Hier haben wir die Bestätigung der Verbindung zwischen CIA und Junta. Dies ist einer der häßlichsten Aspekte der aktuellen Situation, und sie bestätigt unsere schlimmsten Befürchtungen.

Frage: Was können Sie mir über die AEG und ihre Beziehungen zur Junta sagen?

Antwort: Die AEG ja; wir sind sehr entrüstet, daß eine deutsche Firma sich entschloß, das Projekt Megapolis im Peleponnes mit finanzieller Unterstützung der Bundesregierung

zu realisieren. Jede Firma, die heute einen Vertrag mit der Junta macht, muß beachten, daß sie auf diese Weise das Regime unterstützt und muß wissen, daß die Widerstandsbewegung im Falle einer Kampfaufnahme ihr besonderes Augenmerk auf deren Besitztum in Griechenland wendet. Sie muß auch wissen, daß eine demokratische Regierung, die sich nach dem Sturz der Obersten bilden wird, keine dieser Verträge anerkennen und respektieren wird.

Frage: Kennen Sie die Namen einer italienischen Firma, die die Obersten unterstützt?

Antwort: Es ist mir nicht bekannt, daß eine italienische Firma Verträge mit der Junta abgeschlossen hat oder sie in anderer Weise unterstützt.

Frage: Was können Sie mir in Bezug auf Agnew und Nixon sagen?

Antwort: Ich habe schon in vorausgegangenen Fällen präzisiert, daß Herr Agnew aus dem selben Land stammt wie Herr Papas - aus Griechenland. Zweitens habe ich gesagt, daß Herr Agnew im amerikanischen Wahlkampf, im Überzeugungsfeldzug für Nixons Präsidentschaft - der ihn zu seinem Vizepräsidenten machen will - eine wichtige Rolle spielt. Außerdem möchte ich bekanntgeben, daß die ESSO kurz vor dem Wahlkampf mit der Junta einen Vertrag gemacht hat, der sie berechtigt, Rohöl im Werte von 400 Mio Dollars zu importieren, und zwar zu einem bemerkenswert höheren Kurs als auf dem Weltmarkt üblich. ESSO erreichte damit die Voraussetzung für die Abhängigkeit der griechischen Regierung und den Einfluß auf die Ökonomien des Landes. Auf diese Weise hat die ESSO einen immensen Gewinn erzielt und dieselbe ESSO hat mit diesem Gewinn - durch Herrn Papas - die Wahlkampagne Nixons unterstützt. Das ist ein natürlicher Vorgang und steht sogar in der griechischen Presse. Man schreibt, daß die Wahl von Agnew als ein persönlicher Triumph von Papas zu betrachten sei. Jetzt können Sie sich selbst sagen, was das alles bedeutet.

Frage: Existiert jetzt eine breite Widerstandsfront in Griechenland?

Antwort: Sie ist dabei sich zu erheben. Jetzt haben wir ein ausgezeichnetes Netz von Organen des Widerstands, sagen wir, das Rückgrat der Resistance. Wir haben einen neuen Kommandotyp entwickelt, den wir Männern anvertraut haben, die der Polizei noch unbekannt sind, aber trotzdem eine politische Vergangenheit haben. Sonst wäre es für den Gegner sehr leicht, die Struktur der Widerstandsorganisation zu zerstören. In den nächsten Monaten werden wir beginnen, das Gros des Widerstandes aus der Bevölkerung zu rekrutieren. Wir beginnen so eine neue Phase. Wir können dann die Positionen der Junta auf Massenbasis angreifen.

Frage: Machen Sie von der Waffe Gebrauch?

Antwort: Alles ist möglich. Wir werden uns die größte Mühe geben, von unserer Seite aus Schäden in Griechenland zu vermeiden. Wenn aber der Gebrauch von Waffen der letzte Ausweg ist, um dem griechischen Volk einen Platz an der Sonne und seine Freiheit zu garantieren, werden wir auch diese Lösung akzeptieren.

Frage: Glauben Sie, daß das Attentat auf Papadopoulos der Anfang war?

Antwort: Nein, das glaube ich nicht!

Frage: Wieviel Personen wurden in der letzten Zeit verhaftet?

Antwort: Ich glaube, daß infolge des Attentats auf Papadopoulos und durch die Explosion mehrerer Bomben in verschiedenen Stadtvierteln von Athen ungefähr 1000 Personen, Zivilisten und Militärs, aus allen Parteien verhaftet wurden.

Frage: Wieviel politische Gefangene gibt es augenblicklich in Griechenland?

Antwort: Das ist schwer zu sagen. Zwei Inseln wurden bereits zu Konzentrationslagern und viele Tausende wurden deportiert. In den Gefängnissen des Landes sind mehr als 1500, über 1000 Personen wurden auf kleine Inseln verbannt. Zehntausende wurden in abgelegene Orte gebracht und andere Tausende findet man in den Büros der Polizei, des Militärs oder des Geheimdienstes, die dort Verhören unterzogen werden. Unter diesen

viele, die nicht nur zum Verhör herbeizitiert wurden, sondern denen der Prozeß gemacht wird. Nur die wenigsten von ihnen werden wieder freigelassen. Ich glaube, daß bereits über 50 000 Griechen durch diese Büros gegangen sind.

Frage: Wie war Ihr Aufenthalt im Gefängnis?

Antwort: Sehr deprimierend, dadurch, daß ich dauernd in Einzelhaft gehalten wurde. Ich blieb isoliert über acht Monate. Ich hatte nie Kontakte mit den anderen Gefangenen und meine Wache bestand aus 30 Soldaten und Offizieren. Ich hatte immer ein Gefolge von zwei MP-bewaffneten Männern, wohin ich auch ging; auf der Toilette und beim Duschen.

Frage: Wie wurden Sie befreit?

Antwort: Ich glaube, daß der interne Druck auf die Obersten unerträglich wurde.

Frage: Glauben Sie, daß die Junta massiv ihre Waffen einsetzen würde im Falle einer Revolte oder glauben Sie, daß sie vom Einsatz von Kugeln und Bomben gegen ihre Brüder Abstand nehmen werden?

Antwort: Meine Antwort ist, daß die Junta vor nichts zurückschrecken würde. Ihre Repräsentanten sind brutal und ohne Skrupel. Ich glaube nicht, daß die Soldaten in die Menge schießen werden. Wir haben eine bedeutende Widerstandsbewegung in der Armee und ich glaube, daß die Obersten einen nicht wiedergutzumachenden Fehler begehen, wenn sie den Soldaten befehlen, auf Mitbürger zu schießen.

EXTRA-REPORT

TUNESIEN: ÜBER EINE "DEMOKRATIE DER DRITTEN WELT"

Tunesien und sein Bourgiba-Regime genießen in der westdeutschen und Westberliner Presse höchstes Ansehen: Tunesien machte den arabischen Boykott gegen die Bundesrepublik (wegen der Israel-Anerkennung) nicht mit, da die wirtschaftlichen Interessen des Landes nach dem Westen hin orientiert sind. Tunesien unterstützte den algerischen Freiheitskampf gegen Frankreich nur mäßig und hat eine Spielart von "Sozialismus" entwickelt, die ausländischen Kapitalien alle Türen öffnet. Die Verfassung ist ein Bilderbuch des Fortschritts, nur sind die Bilder von der Wirklichkeit übertüncht: Gewerkschaften und Parlament, Zeitungen und Gerichtsbarkeit werden von einer einzigen Partei kontrolliert; sozialistische und kommunistische Oppositionsparteien und alle Oppositionsblätter wurden verboten.

Im Frühjahr berichtete EXTRA-Dienst über Studentendemonstrationen in Tunis, die unterdrückt wurden. Jetzt erreicht uns ein Bericht über die Ereignisse seit 1967, die mit Massenprozessen im letzten Monat ihren Höhepunkt fanden.

Im Jahre 1967 hatte es eine erste, vom Bourgiba-Regime mißbilligte Demonstration vor der amerikanischen und britischen Botschaft in Tunis gegeben. Der Anlaß war der israelische "Blitzkrieg" gegen die arabischen Staaten. Als "Rädelsführer" wurde daraufhin im März 1968 der Student Ben Jennet zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Man beschuldigte ihn, Maos Schriften auf arabisch und die "Erklärung von Havanna" zu besitzen. In der Folge dieses Prozesses fanden erneut Demonstrationen statt, in deren Verlauf 160 Personen verhaftet wurden. Sie wurden beschuldigt, die innere und äußere Sicherheit des Staates gefährdet, illegale Versammlungen besucht und verbotene Schriften verteilt zu haben. Die Anklage lautete ferner auf Beleidigung des tunesischen Präsidenten Bourgiba, des tunesischen Außenministers Bourgiba junior, des amerikanischen Vizepräsidenten Humphrey und des südvietnamesischen Außenministers Tran Van Do.

Einige der Gefangenen blieben unter Verletzung der Fristen in den Händen der Polizei, ehe sie dem Untersuchungsrichter vorgeführt wurden. Die Rechte der Verteidigung wurden laufend verletzt. So hatten zu Prozeßbeginn die Rechtsanwälte keinen Zugang zu den Prozeßakten und konnten die Klienten erst nach langen Verzögerungen und unter großen Schwierigkeiten besuchen.

Im Prozeßverlauf wurde klar, daß die "Verschwörung gegen die Regierung", deren die Intellektuellen beschuldigt wurden, keine materielle Basis hatte. Es sollte schlichtweg ein Exempel statuiert werden. Und Grundlage des Exempels war ein linkes Manifest, zu

dem sich die "Verschwörer" bekannten. Der Ton der Gerichtsverhandlung ähnelte stark dem westdeutscher und Westberliner Prozeduren. Es war ganz offensichtlich, daß das Gericht intellektuell den Angeklagten nicht gewachsen war, daß das Gericht Begriffe des Marxismus-Leninismus oder des Sozialismus wenig oder kaum kannte, die Bedeutung des Begriffs "Gewalt", der im Manifest auftauchte, offenbar verkannte.

"Sie sind hier nicht in einer politischen Veranstaltung", schreit der Vorsitzende Ali Cherif, der die Geduld verliert, "Sie werden mich trotzdem nicht dazu bringen, Ihre Fragen mit 'ja' und 'nein' zu beantworten", entgegnet der Angeklagte Ben Mahoud im selben Ton, "ich werde meine Gedanken hier entwickeln". Er beschließt seine Ausführungen: "Verurteilt zu werden wegen Beleidigung Tran Van Dos ist eine Ehre für mich."

Ein anderer Angeklagter, Gilbert Naccache, moniert, daß er nicht über den Prozeßverlauf unterrichtet worden sei, und daß alle Angeklagten einer bestimmten Gruppe beim Verhör anwesend sein sollten. Der Staatsanwalt versichert, daß alles ordnungsgemäß vor sich gehe, und da jeder mit dieser Antwort zufrieden zu sein scheint, geht das Verhör weiter. Der Gerichtspräsident zitiert einen Text, den man Naccache zuschreibt. "Das ist ein Aufruf zum Staatsstreich", sagt Ali Cherif. "Nein", antwortet Naccache, - "es ist eine politische Analyse, und die Notwendigkeit eines Umsturzes der Regierung geht logischerweise aus unseren Argumenten hervor." "Na also", sagt da mit Genugtuung Ali Cherif.

Der Angeklagte Ben Khadder wird vorgeführt. Er erklärt, daß er in der Haft gefoltert wurde, daß die Polizei ihm seine Verteidigungsschrift fortgenommen hat und daß er zusammen mit den anderen Angeklagten gehört werden will, anderenfalls er keine ihm gestellte Frage beantworten wird. "Ich diskutiere nicht mit Ihnen", sagt Ali Cherif, "Sie werden hier persönlich vernommen; wenn Sie nicht antworten wollen - auch dieser Fall ist durch das Gesetz vorgesehen." Der Staatsanwalt erklärt wieder, daß alles ordnungsgemäß vonstatten gehe, der Pflichtverteidiger Ben Khadders bestätigt es, und der Prozeß geht weiter. Salah Zeghidi, Soziologiestudent, erklärt: "Wir hatten die Möglichkeit, uns während des Studiums zu informieren und uns eine Meinung zu bilden. Daraus ergibt sich für uns die Pflicht, eine Verbesserung der Gesellschaft anzustreben. Der Marxismus erscheint uns daher die nützlichste Theorie." "Und wie erklären Sie die Vorgänge in Prag?" unterbricht Ali Cherif. Ironisch antwortet Zeghidi: "Ich bin nicht auf dem laufenden, Herr Präsident. Zwar gab es ein Radio im Gefängnis, aber wir durften nur Hausfrauensendungen und Schlager hören."

Die Höhe der Urteile kam für den, der tunesische Verhältnisse kennt, nicht unerwartet. Khadder und Naccache erhielten jeweils vierzehneinhalb Jahre Gefängnis plus Geldstrafe. Die anderen Strafen zwischen 14 und 2 Jahren. Insgesamt wurden über hundert Angeklagte verurteilt, die "mildeste" Strafe waren zwei Jahre Gefängnis. Die Urteile sind alle rechtskräftig.

In Kef, wo Bourgiba den Vizeadmiral der 6. US-Flotte, David Richardson, empfing, plauderte jetzt der Staatspräsident: "Das Gericht hat sich durch Milde ausgezeichnet, und ich hoffe, daß eines Tages diese Irregeleiteten wieder in die Reihen der Nation zurückkehren werden."

EXTRA-DISKUSSION

ÜBER DIE ARBEIT IN EINER WESTBERLINER BASISGRUPPE

Ein Mitglied des Republikanischen Clubs ermunterte unter anderem eine kaufmännische Angestellte, sich an der Arbeit in einer Basisgruppe der Außerparlamentarischen Opposition zu beteiligen. Das Mädchen besuchte einige Abende in dieser Gruppe und gab dann auf. Ihre Erfahrungen schildert sie in einem Erfahrungsbericht. Es wurde ausdrücklich darauf verzichtet, die Basisgruppe zu nennen, da - so das RC-Mitglied in seinem Begleitbrief - einschlägigen Erfahrungen nach diese Gruppe nicht allein stehe in ihrem Unvermögen, sich und ihre Arbeit zu vermitteln.

"Ich kam hin, um zu lernen, aber die vielen Fremdworte hinderten mich oft zu begreifen, wovon die Rede war. Als im Gewirr der Ausdruck 'frustrierte Gesellschaft' fiel, faßte ich mir ein Herz und bat höflich um Aufklärung, aber ich kam schön an: mit einem hörbaren Augenaufschlag (die Gruppe tagt oder besser gesagt nächtigt in fast völliger

Dunkelheit) wurde mir von einem jungen Mann bedeutet: 'Na mein Gott, so weit müßten wir ja heute wohl sein.' Und so weiß ich immer noch nicht, was für eine Gesellschaft das ist.

Es war auch häufig die Rede davon, 'Arbeiter und Proleten' zur Mitarbeit zu gewinnen. Eine Antwort bekam ich nicht auf meinen Einwand, daß man, um mit einem Arbeiter oder Angestellten zu sprechen, eine Sprache verwenden müsse, die er versteht. Ich kam auch nicht dazu zu sagen, was Lenin fordert: nämlich 'die alles durchdringende, Freunde spendende Lehre so darzustellen und zu lehren, daß sie (die Lehre) mit dem Einfachsten, Gewöhnlichsten, Massenhaftesten etc. beginnen.'

Mit Ausdrücken wie 'Credo, Polis, systemimmanente Unterdrückung, universales Unrecht, Bewußtseinsmoment' etc., die auf einem Flugblatt stehen, das vor Westberliner Fabriken verteilt werden sollte, kann man keinen Werktätigen ansprechen. Es wurde auch von der 'Herbeiführung einer ökonomischen Rezession', vom 'Vakuum', das die Arbeiter in den Produktions-Stätten schaffen sollen, und vom Widerstand (gibt es eigentlich kein Fremdwort für Widerstand) gegen das 'Establishment' gesprochen.

Herbert Marcuse hat einmal gesagt: 'Die Arbeiterschaft hat keine revolutionären Potenzen mehr'. Vollgültig ist dieser Ausspruch wohl nicht (Frankreich), aber für Westberlin und die Bundesrepublik, und um diese geht es hier, hat er m. E. noch Gültigkeit. Hier müßte eine geduldige und sehr mühselige Aufklärungs-Arbeit einsetzen. Ich hatte geglaubt, daß solche Arbeit in den Basisgruppen geleistet wird. (Die Bezeichnung kommt doch wohl von Basis = Grundlage etc. meint also doch die Gruppen, von denen der Antrieb zur Veränderung des gesellschaftlichen Gefüges ausgehen soll, die aber selber in ihren Anschauungen und Ideen gefestigt sein müssen.)

Andrei Zusammenkünften dieser einen Gruppe habe ich teilgenommen, jeder Abend dauerte 4 - 5 Stunden, aber ich glaube nicht, daß dort auch nur ein Satz zu Ende gesprochen wurde oder ein noch so einfacher Gedanke zu Ende gedacht worden ist.

Ich habe den Eindruck, daß dieses ganze Gerede dort den jungen Leuten zur Selbstbefriedigung dient."

----- anzeigen -----

ANTIAUTORITÄRER KINDERLADEN in Steglitz sucht Kinderbetten, Spielzeug, Kühl-schrank, Herd und Klavier. Angebote unter Telefon 79 46 18.

SOZIOLOGIESTUDENTIN sucht großes Leerzimmer in Studentenwohnung. Miete bis 150 Mark. Angebote unter 31 94 19.

===== bestellschein =====

Ich bestelle ab 1968 den Berliner EXTRA-Dienst bis auf weiteres, minde-stens jedoch für drei Monate zum monatlichen Inlandsabonnementspreis von DM 5.00 (Auslandsabonnement: DM 6.00; Luftpost-Abonnement Ausland: DM 6.00 plus Luftpost-zuschlag). Journalistische Auswertung nur nach Sondervereinbarung. Das Abonnement kann jeweils zum 1. eines Monats, jedoch spätestens am 15. des Vormonats, gekündigt werden.

Den Abonnementspreis überweise ich im voraus auf das Konto der Westberliner Zeitungs-gesellschaft mbH bei der Bank für Gemeinwirtschaft, 1 Berlin 12, Kontonummer 4712, (Postscheckkonto der Bank: Berlin West 828 00).

NAME:

WOHNORT:

STRASSE:

DATUM: UNTERSCHRIFT: